

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

298 (19.12.1875)

Deutschland.

Δ Berlin, 13. Dez. (Generalsynode VIII.) In der heutigen Sitzung wird die Synode an die entscheidenden Fragen treten. Das Nahen dieser Entscheidung hat aber schon der vorgestrigen Samstags-Sitzung einen ungewöhnlich erregten Charakter gegeben, weshalb ich über dieselbe noch einen kurzen Bericht vorausschicke. Am Freitag war in § 19 die Einrichtung eines Synodalvorstandes von 7 Personen angenommen worden, welcher, für 6 Jahre gewählt, eine ständige Repräsentation der Generalsynode sein soll. Sodann mit § 20 die Einrichtung eines aus 19 weiteren Personen bestehenden Synodalkathes, in welchem jede Provinz, ihrer Größe entsprechend, durch 3 (Preußen, Brandenburg, Sachsen und Schlesien), 2 (Pommern, Rheinprovinz und Westfalen) und 1 (Lothringen) von der Generalsynode zu wählende Abgeordnete vertreten ist. Derselbe soll alljährlich einmal zusammentreten und gewissermaßen die Funktion einer außerordentlichen Generalsynode üben, wenn nicht sehr bedeutende Fragen die Einberufung der letzteren selbst notwendig machen sollten. In der Samstags-Sitzung handelte es sich nun um die Feststellung der Befugnisse dieser beiden Kollegien in ihrem Verhältnis zu dem Oberkirchenrath. So konnte die Befugnis, ja die Existenzberechtigung des letzteren mit in die Debatte gezogen werden, was zu sehr lebhaften Scenen Veranlassung gab. Die Rechte (Antrag von Hegel) suchte zunächst das Schwergewicht der Mitverwaltung der in dem Synodalkath beabsichtigten Provinzialvertretung zuzuschreiben, während die Vorlage diese letztere nur als ein Organ betrachtet, durch welches die Kirchenregierung die Stimmung der Provinzen erfahren und auf dieselbe einwirken kann, die eigentliche Mitwirkung an der Kirchenregierung aber dem kleineren Synodalvorstand vorbehalten. Professor Cremer erklärte nun dem Synodalkath als überflüssig, wenn man ihm nicht mehr zu thun gebe, und Kleist-Rehow deutete sehr deutlich an: hier handle es sich eben darum, ob in Zukunft der Synodalkath der Thätigkeit des Oberkirchenraths eine kräftige Kontrolle und Mitwirkung entgegen bringen könne, oder ob Alles beim Alten bleiben, d. h. der Oberkirchenrath selbständig weiter regieren solle. Dr. Herrmann erklärte sich mit Entschiedenheit gegen die proponirten Fesseln, zeigte, daß dieser Antrag die ganze Vorlage auf den Kopf stelle würde, und deshalb absolut unannehmbar sei, worauf derselbe abgelehnt wurde. — § 33 zählt diejenigen Gegenstände auf, bei welchen der Oberkirchenrath an die Mitwirkung des Synodalvorstandes gebunden sein soll, wie z. B. Absetzung, Disciplinirung von Geistlichen wegen unbefugener Thätigkeit, Ernennung der Generalsynodenintendanten, Feststellung von Gesetzentwürfen u. s. w. Hier trat nun zunächst Landrath a. D. v. Dieß von der Rechten auf, um, da hier „der Oberkirchenrath zum ersten Mal vorkomme“, über denselben seine Meinung zu sagen. Er bat um Verzeihung, wenn er „irgend Jemandem unangenehm berühren sollte“. Von Anfang der Verhandlungen seien Strömungen zwischen dem Oberkirchenrath, besonders dem Präsidenten Herrmann und einzelnen Mitgliedern (Mittelpartei) in vorstichtiger Weise aufgetreten. Daraus sei nun „ein Oberwasser entstanden, durch welches eine dominierende, ja fast schroffe Haltung jenes Herrn einerseits und eine niederstimmende Taktik der Majorität gegen die Minorität, welche letztere sie durch Schlufsanträge kaum zum Worte kommen läßt, andererseits, hervorgerufen wurde.“ (Wirklich!) — „Wenn ich so meine Beobachtungen zusammenfasse, so möchte ich fast meine Wahrnehmung freimüthig dahin aussprechen, daß wir zu einem großen Theile keine unabhängige und freie Versammlung mehr bilden.“ Auf diese wohl auch gegen Herrmann, aber vorzugsweise gegen die Mittelpartei gerichtete Aeußerung entstand begrifflicher Weise ein lauter Tumult, worauf der Vorsitzende erklärt, dem Redner nicht das Recht einzuräumen zu können, einen Theil der Versammlung als einen unfreien bezeichnen zu können. Es thue ihm leid, fuhr v. Dieß fort, daß er verlegt habe, er habe sich aber „zu diesem Zeugniß gedrungen gefühlt“. Bald sollte er sich noch zu Besseren „gedrungen fühlen“. — „Es ist“, fuhr er später fort, „häufig von dem Sv. Oberkirchenrath unser Vertrauen in Anspruch genommen worden. Ja, meine Herren, nach den Ereignissen, welche hinter uns liegen, kommt mir das, ich bitte, mir diesen Vergleich nicht übel zu nehmen, so vor, als wenn Jemand den Andern erst braun und blau geschlagen hat, hinterher aber ihm die Waden streicht und sagt: Nun habe nur Vertrauen, es wird noch Alles gut werden!“ (Gelächter.) Hierauf kam der Redner zur Hauptsache: daß der Sv. Oberkirchenrath nur ein Provisorium gewesen sei und nun, wenn eine Kirchenverfassung zu Stande komme, eigentlich aufhören müsse. Wenn daher der Sv. Generalsynodenintendant Drückner, so schloß er diese Ausführung, welcher, so viel mir bekannt, selbst die Ehre hat, dem Oberkirchenrath anzugehören, uns neulich die Antwort gab: „den Oberkirchenrath werden Sie nicht los!“ — „so glaube ich auf Grund meiner Auseinandersetzung ein Recht zu haben, ihm zu erwidern: „Wir sind ihn eigentlich bereits los oder werden ihn wenigstens los mit dem perfecten Eintritt der definitiven Generalsynode.“ (Heiterkeit.) Ich will ja gern zugeben, daß auch in Zukunft eine ähnliche Mittelinstanz nöthig sein wird, aber über die Komposition und die Kompetenzen dieser Behörde in ihrem Verhältnis zu der Generalsynode und den ferneren Organen derselben werden wir doch ein Recht haben mitzusprechen. (Bewegung.) Ja, meine Herren, der Gedanke erscheint Ihnen so neu und nach den Erfahrungen der Ver-

gangenheit so unfaßbar, daß Sie sich darüber wundern. Und dennoch bleibe ich dabei und stelle das Princip auf, daß auch unsere außerordentliche Generalsynode, welche nimmer wiederkehrt, also doch Alles für die Selbständigkeit der Kirche gesprochen in den Bereich ihrer Berathung zu ziehen hat, befragen ist, sich gutachtlich über diese bedeutsame Umgestaltung zu äußern. (Wiederholte Rufe: Zur Sache!) Der Präsident erklärt, daß er den Redner nicht habe unterbrechen wollen, ihn aber ermahnen müsse, sich jetzt allmählich der Sache zu nähern. Hr. v. Dieß erwiderte dem Sv. Präsidenten, daß er glaube bei der Sache zu sein, indem er den Gedanken entwickele, daß auch der Oberkirchenrath selbst und die Besetzung der Stellen dieser Behörde mit in den Bereich des Gutachtens dieser Versammlung gehöre, worauf nun der Präsident bemerkt, daß er nunmehr glaube erklären zu müssen, der Redner sei nicht bei der Sache. Sodann erklärt Hr. v. Dieß, sich diesem Ausspruch für jetzt fügen zu wollen, mit dem Vorbehalte, das, was er ferner noch zur Begründung habe sagen wollen, an einer anderen Stelle vorzubringen und für die zweite Lesung einen dem entsprechenden Antrag vorzubereiten. Professor Dr. Köhler wünscht, daß der Synodalvorstand und Oberkirchenrath auch über die Besetzung der theologischen Fakultäten gehört werde; die Berufungen seien zwar Sache des Staates, aber die Kirche müsse doch entscheiden, ob die zu Berufenden bekenntnißmäßig lehrten oder nicht. Darauf erklärte der Kommissar des Kultusministers, Dr. Förster: „Die Universitäten sind Staats-Unterrichtsanstalten; die theologischen Fakultäten sind integrierende Theile der Universitäten — folglich sind auch sie Staats-Unterrichtsanstalten. Ob und wie weit die Staatsregierung sich bei ihrer Besetzung an kirchliche Mitwirkung binden will, ist lediglich Sache der Staatsgesetzgebung; sie kann sich darin nicht durch ein Kirchengesetz binden lassen.“ Nach den vorgekommenen Angriffen auf den Oberkirchenrath will Professor Dr. Beyhlag als Ritter desselben in die Schranken treten, wird aber von dem Vorsitzenden sofort zur Sache gewiesen, indem der mit großer Umsicht und Ruhe präsidirende Graf Stolberg erklärte, er habe nicht gegen und werde nun auch nicht für den Oberkirchenrath sprechen lassen. So wendete sich Beyhlag zur Sache und schloß mit der Bemerkung, er fürchte die auffallenden anti-gouvernementalen Freiheitsanträge der Rechten als Danaergeschenke. Er würde an dem politischen Verstande dieser Herren zweifeln müssen, wenn sie ihre Anträge für erreichbar hielten. Sie müßten wissen, daß dieselben unmöglich sind. Warum haben sie also dieselben gestellt? Darauf erwiderte Hr. v. Dieß: Der Redner hat den Antragstellern und ihren Gesinnungsgenossen den politischen Verstand abgespröchen. Das ist eine Beleidigung, gegen welche der Vorsitzende dieselbe schütten muß. Der Vorsitzende aber erklärte, Dr. Beyhlag habe nur hypothetisch geredet, es liege also keine Beleidigung vor. Nachträglich versuchte es noch einmal Hr. v. Kleist, dem Professor Beyhlag über diesen Punkt zu antworten, wird aber ebenfalls von dem präsidirenden Grafen auf die gezeigte Schranke „zur Sache“ zurückgeführt. Ueber die Sache selbst sprach v. Kleist politisch einsichtiger, als seine übrigen Parteigenossen und erntete lauten Beifall; aber dann wurden doch seine und Hegel's Anträge als „Oberwasser“ widerstandslos hinweggespült und die Regierungsvorlage mit geringen und von dem Oberkirchenrath acceptirten Abänderungen angenommen. * Berlin, 15. Dez. Das Reichskanzler-Amt hat kürzlich an die einzelnen Reichsregierungen folgendes Rundschreiben erlassen: Durch § 11 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai v. J. ist die Weidlichkeit gegeben, vormalige Deutsche, welche in Deutschland ihren dauernden Aufenthalt nehmen, unter gewissen Voraussetzungen zum Militärdienst heranzuziehen. Es erscheint wünschenswert, daß die Anwendung dieser Vorschrift namentlich auf diejenigen Personen nach übereinstimmenden Grundsätzen erfolge, welche nach den Bestimmungen des Vertrages mit den Vereinigten Staaten Amerikas vom 2. Februar 1868 als amerikanische Staatsangehörige anerkannt werden müssen, demnach aber in Folge längerer als zwei-jährigen Aufenthalts in Deutschland als nur ihre Naturalisation in Amerika bezichtigt leidend angesehen werden können. (Art. IV. des Vertrags.) Nach dem Wortlaut des Vertrages würde es zulässig sein, solche Personen im Falle des Zutreffens der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen ohne Weiteres zum Militärdienst heranzuziehen und nach Umständen zwangsweise einzustellen. Da jedoch ein solches Verfahren ohne Zweifel in manchen Fällen zu großen Härten führen würde, dürfte von demselben in der Regel um so mehr Abstand zu nehmen sein, als der § 11 des Reichs-Militärgesetzes die Einstellung nicht unbedingt fordert, sondern nur die Befugnis zu derselben verleiht. Es wird sich daher nach dieser Vorschrift empfehlen, in der Regel und so weit die Verhältnisse des einzelnen Falles rathen ein abweisendes Verlangen angezeigt erscheinen lassen, Personen der bezeichneten Art nicht ohne Weiteres einzustellen, sondern zunächst durch eine entsprechende Eröffnung vor die Wahl zu stellen, entweder in Deutschland zu bleiben und sich der Militärflicht zu unterwerfen, oder das Gebiet des Deutschen Reichs binnen kürzester Zeit zu verlassen. † Straßburg, 16. Dez. Der Verkehr auf den essai-lothringischen Eisenbahnen ohne Luxemburg belief sich im Monat Nov. d. J. auf 593,843 beförderte Personen und 356,234,500 Kilogramme Güter, was einen kleinen Rückgang gegen den gleichen Monat des Vorjahres in sich schließt. Gemessen betrügt die Mehreinnahme im Nov. d. J. gegen den Nov. 1874 Angesichts der jetzigen Fahr-

und Frachtsätze 4 Proc. — Schon heute bestätigt sich die ausgesprochene Vermuthung, daß der Erweiterung des Neggerthores die Stadterweiterung überhaupt bald nachfolgen wird. Nach dem „Eis. Journal“ von heute Abend wird man sogar bald damit an's Werk gehen und für's Erste den Durchbruch dreier neuer Thore in Angriff nehmen. Der Veröffentlichung näherer Einzelheiten sieht man mit Spannung entgegen.

Großbritannien.

* London, 15. Dez. Der „Edin. Jtg.“ wird von hier geschrieben:

Die Leichenschau über die unglücklichen Opfer des Schiffbruches des Dampfers „Deutschland“ wurde gestern in Harwich zu Ende gebracht. Sie ist nicht mit der bevorstehenden amtlichen Untersuchung zu verwechseln, obwohl sie theilweise gleiches Gebiet bedeckt. Deutsche Leser werden aus unseren Londoner Blättern, und namentlich aus der „Times“, bereits erfahren haben, daß man hier gegenüber den Mängeln an der Küste durchaus nicht gleichgültig ist. In seemännischen Kreisen wird das Urtheil der „Times“ und noch weit mehr das Urtheil einiger deutschen Zeitungen und deutschen Parlamentarier — soweit dasselbe aus telegraphischen Mittheilungen mehr oder weniger fundirt bekannt ist — für schroff und ungerecht gehalten. Der Kentish Knock ist eine weite Strecke von Harwich entfernt, ja, er ist andern Küstenplätzen vielleicht näher. Ferner ist die Küste bei Harwich derart schwierig, daß man nur aus- und einlaufen kann, wenn man die Bojen zu sehen vermag. Sonst läuft man unvermeidlich auf Sandbänke auf. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß das Anlaufen des Schleggers „Liverpool“ in der Nacht schlechterdings unmöglich war. Drei Schiffskapitäne der Great Eastern-Eisenbahn, deren Dampfer zwischen Harwich und Rotterdam segeln, haben auch Zeugniß dafür abgegeben, daß Kapitän Carrington nicht mehr hätte thun können, als er gethan hat. Ein hiesiger Deutscher, welcher viel mit der Schiffahrt Bekanntschaft gemacht hat und die Küste bei Harwich genau kennt, bestätigt privatim diese Versicherung. Die Geschwornen bei der Leichenschau gaben derselben Ansicht Ausdruck und erkannten überdies die Dienste Carrington's bei Errettung der Passagiere und Mannschaft an. Die Geschwornen sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß der Dampfer „Deutschland“ keine vollkommene Vorrückung an Bord hatte, ebenso keinen erfahrenen Nordsee-Kapitän. Es ist bedauerlich, daß die Geschwornen nicht ein entschiedenes Verdammungsurtheil über die Weichplünderer aussprachen, deren Gebahren in dem vorliegenden Falle jedenfalls den schwärzesten Punkt im ganzen Bilde darstellt. Man darf in Deutschland gewiß sein, daß die Mängel und Mißstände, welche bei Gelegenheit dieses Schiffbruches zu Tage gefördert worden sind, hier zu Lande die strengsten Richter finden und daß auf deren Abhilfe gedrungen werden wird. Wie unsere Blätter nachweisen, ist es Englands vornehmliches Interesse, daß solchen Uebeln abgeholfen werde. Auf jedes deutsche Schiff, welches an unserer Küste scheitert, kommen 20 oder 30 englische Schiffe. Die National Lifeboat Institution veröffentlicht bei Gelegenheit des Schiffbruches ein Verzeichniß der deutschen Schiffe, deren Mannschaften beim Schiffbruch an der englischen Küste durch ihre Rettungsboote gerettet worden sind. Es sind deren 19 mit 202 Personen. In den letzten Jahren sind durch die National Lifeboat Institution fünf deutsche Schiffe vom Untergange bewahrt und von 15 untergegangenen 202 Personen gerettet worden.

London, 15. Dez. (Edin. Jtg.) Nicht Manern von Stein, noch kostspielige Waffen sind die letzten und besten Vertheidigungen eines Reiches, und Siege zur See werden nicht allein durch eiserne Platten oder ungeheure Geschütze erfochten. Feste und treue Führer und Mannschaften, gesäubert an der Brust einer stolzen und erleuchteten Vaterlandsliebe — diese machen die eigentliche Kraft eines Volkes aus, und es würde nutzlos sein, große Kanonen zu gießen und theure Schiffe vom Stapel laufen zu lassen, wenn wir nicht fest darauf zählen könnten, zu Zeiten der Noth auf das Gebot Englands dieselbe hochherzige Aufwallung bereit zu finden, die in vergangenen Zeiten den Jammer des Krieges zur Hälfte ungefühl haben ließ und die Welt vergessen machte, wie klein unsere Inseln sind.“ So schreibt der „Daily Telegraph“, und legt darauf den Begriff der wahren militärischen Ehre an der Hand der bekannten Cabinetsordre des Deutschen Kaisers über die Einrichtung der Ehrengarde der Flotte dar, „eines Schriftstückes, zu edel, vornehm, erhaben und ritterlich, als daß es der Aufmerksamkeit eines verwandten Volkes entgegen darf“, wenn gleich wir jene Einrichtung, aus deren Veranlassung es erlassen ist, militärische Ehrengarde, in unserer älteren und erfahreneren Flotte und Armee glücklicher Weise nicht nöthig haben.“ „Wäge das trauernde Frankreich“, so schließt der Artikel, „seine Augen auf diesen einfachen aber königlichen Erlaß richten, wenn es den Weg wissen will, auf dem sein zerbrochenes Schwert seinen Glanz wieder erhalten kann. In demselben Verhältnis, als dieser Weg ihm finstlos oder unmöglich erscheint, ist die Zeit, binnen der es wieder ebenbürtig neben Deutschland stehen kann, noch lang. Aber Niemand, der den Adel der Auffassung des Deutschen Kaisers schätzen kann, wird daran denken, dem Gefühle eines besiegten Volkes damit eine Wunde schlagen zu wollen. Wir denken vor Allem an unser Land, wenn uns dieses Ideal eines vollkommenen Paladins vor Augen gehalten wird. Wir zweifeln wahrhaftig nicht, daß im Dienste Ihrer Majestät, eben so herzlich wie in dem des Deutschen Kaisers, die Bedeutung und Gerechtigkeit dieser hohen Forderungen anerkannt werden wird. In demselben Verhältnis, als sie einen freudigen Widerhall unter uns finden, ist das Land sicher und Heer und Flotte gesund. Wenn aber ein tapferer Officier sich daran ärgern sollte, daß der Erlaß eines fremden Souveräns seiner Beachtung für werth gehalten wird, so möge er uns erlauben, ihn an einen Vorfall vor 23

